



## Ausweisung eines Radfahrstreifens in der Hauptstraße vom Rathausplatz bis zum Mittelfangweg

Vielen Dank, Herr Bürgervorsteher.

Meine Damen und Herren:

In unserer Beratung über den vorliegenden Antrag ging es vor allem um

1. die Sicherheit der Radfahrer,
2. die Erreichbarkeit der anliegenden Unternehmen und Praxen
3. und die Fußgängerfreundlichkeit

zwischen Rathausplatz und Mittelfangweg.

Und wir stimmen zu: Die zur Beschlussfassung vorliegende Drucksache 237 zeigt **einen** möglichen Lösungsansatz. Sie geht aus Sicht der SPD-Fraktion in dem Beschlussvorschlag allerdings zu weit.

Es erscheint uns nämlich zu früh, uns auf einen Fahrradstreifen und damit auf den Verlust von Parkplätzen festzulegen, weil eine Betrachtung weiterer Möglichkeiten damit ausgeschlossen wird.

Nicht ausreichend ist aus Sicht der SPD außerdem, dass die Maßnahme laut Beschluss **nur** dem HGV zur Stellungnahme vorgelegt werden soll, und der hat ja nun schon **jetzt** seine ablehnende Haltung schriftlich erklärt.

Aus unserer Sicht sollten weitere Möglichkeiten geprüft werden, die die Sicherheit der Radfahrer und Fußgänger in unserer Haupteinkaufsstraße erhöhen können.



Außerdem hat sich Niebüll zum Ziel gesetzt, fußgänger- und fahrradfreundliche Stadt zu werden. Radverkehr und Fußgänger sollten deshalb in der Hauptstraße priorisiert werden.

Es ist also unser Anliegen, den Verkehr so zu gestalten, dass Fußgängern und Radfahrern gegenüber dem motorisierten Verkehr Vorrang eingeräumt wird. In der Hauptstraße können wir das deutlich zeigen.

Gleichzeitig müssen wir aber auch dafür sorgen, dass mobilitätseingeschränkte Personen die Praxen und Geschäfte in diesem Bereich mit dem PKW gut erreichen können.

Es gilt also, einen Kompromiss zu finden, mit dem alle Beteiligten leben können.

Ansätze zur Kompromissbildung kamen bereits in der Diskussion im Ausschuss für Bau und Verkehr zum Vorschein. Diese Ansätze sollten mit in die Diskussion aufgenommen werden, die mit den Anliegern, dem HGV und der Stadt Niebüll geführt werden muss.

Eine stärkere Beteiligung der Einwohner hat die Stadtvertretung sich vor ziemlich genau einem Jahr auf ausdrücklichen Antrag der CDU einstimmig selbst auferlegt. Genau das können wir für die vorliegende Frage in der Hauptstraße jetzt praktizieren.

Wir regen zudem an, die Einrichtung einer **Fahrradstraße** in der Diskussion als **Option** nicht zu vergessen, die für PKW und motorisierten Zweiradverkehr bei einer Beschränkung auf nur noch 10 km/h freigegeben ist. Für die dann dadurch wegfallenden Parkplätze sollten alternative Flächen gesucht werden - beispielsweise vor der Stadtbücherei und in der Nähe der Apotheke.



Darüber hinaus fänden wir es gut, zu prüfen, ob die vorhandene **Beschilderung** von Parkflächen im Umfeld genügt oder gegebenenfalls verbesserungswürdig ist.

Für den Fußgängerverkehr ist zu hinterfragen, ob Ruhemöglichkeiten (also Parkbänke oder Ähnliches) in ausreichendem Maße vorhanden sind. Die Anlieger sowie der HGV wären dazu zu beteiligen.

Zusammengefasst macht die SPD-Fraktion daher folgenden abweichenden Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtvertretung sieht die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des nicht-motorisierten Verkehrs im Bereich zwischen dem Rathausplatz und dem Mittelfangweg zu verbessern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu dieser Thematik eine Anliegerbeteiligung unter Einbeziehung des HGV Niebüll sowie des ADFC durchzuführen, in der die möglichen Lösungsvarianten, die sich aus der heute hier diskutierten Drucksache ergeben, vorgestellt und diskutiert werden können.
3. Nach Durchführung der Einwohnerbeteiligung ist das Ergebnis dem Ausschuss für Bau und Verkehr vorzustellen.
4. Nach Abwägung durch den Ausschuss wird die Verwaltung beauftragt, für die favorisierte Lösungsvariante die Kosten zu kalkulieren und dem Ausschuss dann zur Beschlussempfehlung vorzustellen.

Vielen Dank.